

DIE KANDIDATEN IM WAHLKREIS 175:



**BUNDESTAGS
WAHL 2021**

26. SEPTEMBER



**JOHANNES
WIEGMANN**
CDU

Geburtsdatum und -ort: 2. Februar 1993 in Fulda
Wohnort: Bad Soden-Salmünster
Familienstand/Kinder: Ledig, keine Kinder
Gelernter Beruf: Jurist
Ausgeübter Beruf: Jurist
Politische Erfahrung/Ämter: Stadtverordneter, Fraktionsvorsitzender, Ortsbeirat, Ortsvorsteher Salmünster, CDU-Vorsitzender in BSS, Mitglied im JU-Kreisvorstand, Bezirksvorsitzender der JU Rhein-Main, zuvor Referent im JU-Landesvorstand
Hobbys: Lesen, Jagen, Sport



**BETTINA
MÜLLER**
SPD

Geburtsdatum und -ort: 7. Juni 1959 in Alzenau-Wasserlos
Wohnort: Flörsbachtal
Familienstand/Kinder: Verheiratet, zwei Kinder, vier Enkelkinder
Gelernter Beruf: Krankenschwester und Anwältin
Ausgeübter Beruf: Rechtsanwältin mit dem Schwerpunkt Familienrecht
Politische Erfahrung/Ämter: Bundestagsabgeordnete, SPD-Ortsvereinsvorsitzende, langjähriges Kreistagsmitglied und ehrenamtliche Kreisbeigeordnete
Hobbys: Joggen, singen und Zeit mit meinen Enkelkindern verbringen



**MARIANA
HARDER-
KÜHNEL**
AfD

Geburtsdatum und -ort: 16. August 1974 in Gelnhausen
Wohnort: Gelnhausen
Familienstand/Kinder: Verheiratet, drei Kinder
Gelernter Beruf: Volljuristin/Rechtsanwältin
Ausgeübter Beruf: Bundestagsabgeordnete
Politische Erfahrung/Ämter: Ehrenamtliche Kreisbeigeordnete, Spitzenkandidatin der AfD Hessen/AfD-Direktkandidatin im Wahlkreis 175, Familienpolitische Sprecherin der AfD-Bundestagsfraktion, Frauenpolitische Sprecherin
Hobbys: Sport, Familie



**ANDREA
RAHN-FARR**
FDP

Geburtsdatum und -ort: 22. März 1972 in Salmünster
Wohnort: Bidingen
Familienstand/Kinder: verheiratet, drei erwachsene Kinder
Gelernter Beruf: Diplom-Agraringenieur
Ausgeübter Beruf: Landwirtin
Politische Erfahrung/Ämter: Mitglied des Landesfachausschusses Ländlicher Raum der FDP Hessen, Mitglied Bundesfachausschusses Landwirtschaft der FDP, Mitglied der FDP-Fraktion in Bidingen, ab 2021: Mitglied der FDP-Fraktion im Kreistag des Wetteraukreises
Hobbys: Chorsingen

1. Die Bundestagswahl 2021 ist eine besondere Wahl, weil...	die nach-Merkel-Ära beginnt. Für mich persönlich, weil ich mich erstmals darum bewerbe, unsere Heimat in Berlin zu vertreten.	zum ersten Mal seit 1949 keine Amtsinhaberin zur Wahl antritt und in den nächsten Jahren entscheidende Weichenstellungen stattfinden werden.	es die erste Wahl nach der Ära Merkel ist und nur durch eine starke AfD Chancen für einen nachhaltigen Politikwechsel bestehen.	wir nach 16 Jahren Merkel und nach 8 Jahren Groko eine Neuausrichtung brauchen.
2. Wenn Sie in den Bundestag einziehen sollten, werden Sie als erstes...	mich für eine bessere personelle und materielle Ausstattung für unsere Justiz und Sicherheitskräfte sowie Ausweitung der rechtlichen Befugnisse unserer Ermittler einsetzen.	mit meinen Unterstützern feiern! Und ab dem 27. September dann weiter für die Menschen im Wahlkreis arbeiten.	werde ich meinen Wählern für ihr Vertrauen danken und mich weiterhin für ein freieres, souveräneres und besseres Deutschland einsetzen.	mit der Familie beraten, wie es in unserem Landwirtschaftsbetrieb weitergeht – ich werde jemanden suchen müssen, der meine Aufgaben übernimmt.
3. Armin Laschet wäre ein guter Bundeskanzler, weil ...	er in NRW bewiesen hat, dass er ein Land zusammenhält, wirtschaftlich modernisiert, gesellschaftlich integriert und rechtsstaatlich durchgreift.	ich glaube, da fehlt ein „k“ nach „wäre“.	diesen Satz kann ich leider nicht guten Gewissens beenden.	er ein hohes Regierungsamt ausübt und in NRW bereits bewiesen hat, dass er sachbezogen handelt und durchaus bürgerlich-liberale Positionen vertritt.
4. Olaf Scholz wäre ein guter Bundeskanzler, weil ...	er dann weder ein schlechter Bürgermeister in Hamburg (G20, CumEx) noch schlechter Finanzminister (Wirecard) sein kann.	er der erfahrenste Kandidat im Feld ist, in allen Themenbereichen höchst kompetent ist und dabei eine klare Haltung vertritt.	kein Kommentar! Beim Cum-Ex-Skandal hat er Erinnerungslücken, den Wirecard-Skandal will er nicht mitbekommen haben. Und der möchte Kanzler werden?	er wohl die Fähigkeiten dazu hätte, wenn er nicht in der falschen Partei wäre.
5. Annalena Baerbock wäre eine gute Bundeskanzlerin, weil	sie bewiesen hat, eine Partei zu modernisieren, in der Spitzenpolitik aufzusteigen und dabei Mutter einer jungen Familie zu sein.	sie besser ist als ihr Ruf. Frau Baerbock wurde ja vor allem für Nebensächlichkeiten kritisiert. Kanzler sollte trotzdem Olaf Scholz werden.	das dann nur in ihrem frisierten Lebenslauf stünde und somit mit der Wirklichkeit nichts zu tun hätte. Damit könnten alle leben.	nein, falsche Frage, denn es gibt überhaupt keine guten Gründe dafür.
6. Dr. Peter Tauber war ein guter Bundestagsabgeordneter, weil	er für den Wahlkreis viel erreicht hat, seinen Überzeugungen treu geblieben ist und immer ansprechbar war.	er sich für unseren Wahlkreis eingesetzt hat und dabei stets ein kollegialer und sachorientierter Partner war.	auch hierbei fehlt mir zur Beendigung des Satzes jede innere Überzeugung.	er für die Bürger und Unternehmen im Wahlkreis ansprechbar war und zugehört hat.
7. Aber Sie wären ein besserer Bundestagsabgeordneter, weil	ich auf der guten Arbeit aufbauen, aber Ideen der jungen Generation für unsere Region einbringen und neue inhaltliche Schwerpunkte setzen möchte.	ich mit großer Freude meinen Wahlkreis und meine Themen in Berlin verrete – ob ich das gut mache, sollen lieber andere beurteilen.	ich das Wohl des Landes und unserer Bürger über die Parteiinteressen stelle und mich nicht aus Karrieregründen politisch verbiege.	ich nicht nur zuhören werde, sondern auch anpacken: Für Wertschätzung und Wertschöpfung in unserer Region!
8. Nach der Bundestagswahl sollte Deutschland regiert werden von einer Koalition aus	CDU/CSU, Grüne und FDP mit Armin Laschet als Kanzler und einer starken Klimapolitik, die ökologische und ökonomische Interessen vereint.	SPD und Grünen unter Bundeskanzler Scholz – wahrscheinlich wird es aber noch einen weiteren Partner brauchen.	AfD - das war's! Die Unterschiede zwischen den anderen sind inzwischen marginal. Merkel war die beste Kanzlerin, die die Grünen je hatten.	mehreren Parteien, von denen eine die FDP ist, damit liberale Positionen im Regierungsprogramm verankert sind.
9. Ihre drei wichtigsten Ziele für die nächste Legislaturperiode sind	eine Verbesserung der digitalen und Verkehrlichen Infrastruktur, ein klimaneutrales Industrieland zu werden und den Rechtsstaat zu stärken.	12 Euro Mindestlohn, bessere Arbeitsbedingungen in Gesundheitsberufen und ein allgemeiner verbindlicher Tarifvertrag für die Pflege.	ein sofortiger Stopp der Massenzuwanderung, eine schrittweise Beendigung der Corona-Maßnahmen und eine erhebliche Stärkung der Familien.	Bürokratieabbau, Stärkung der Wirtschaft inklusive der heimischen Landwirtschaft, endlich ein physikalisch-technisch korrektes Konzept für effektive und umsetzbare Maßnahmen beim Klimaschutz.
10. Die drei wichtigsten Projekte für Ihren Wahlkreis sind in den nächsten Jahren	der flächendeckende 5G und Breitband-Ausbau, Vorreiterregion im öffentlichen Nahverkehr im ländlichen Raum zu werden, kulturelle Einrichtungen und Ehrenamt zu fördern.	der Breitbandausbau, der Ausbau des Personennahverkehrs (Stichwort: Bahntrasse) und der Einsatz gegen den Klimawandel, auch wenn das kein spezifisches Wahlkreisthema ist.	der Ausbau der Bahngleise im Kinzigtal, der Hochwasserschutz in der östlichen Wetterau und der Glasfaser- sowie Funknetzausbau in den Dörfern.	Ausbau der Glasfaser-Infrastruktur in jedes Gebäude, wohnortnahe Arbeitsplätze schaffen und erhalten, Schaffung von Wohnraum innerhalb der Ortschaften durch Umbauförderung und Denkmalschutzlockerung.
11. Die Corona-Politik muss nach der Bundestagswahl	ohne weiteren Lockdown auskommen. Entlang der wissenschaftlichen Entwicklung müssen soziale und wirtschaftliche Fragen immer im Blick behalten werden.	weiterhin eine wichtige Rolle einnehmen. Konkrete politische Forderungen finde ich im Wahlkampf unangemessen – dazu ist die Situation auch heute noch zu dynamisch.	auf eine schrittweise Beendigung der unverhältnismäßigen Maßnahmen ausgerichtet sein, den Bürgern ihre Freiheiten zurückgeben und die geschädigten Unternehmen finanziell unterstützen.	einen Neustart bekommen, indem die pandemische Lage nach dem Infektionsschutzgesetz aufgehoben wird und sämtliche Entscheidungen wieder im Bundestag getroffen werden.
12. In der Klima- und Umweltpolitik muss die neue Bundesregierung	Innovationen fördern, Technologie-Offenheit zulassen, Verfahren beschleunigen und marktwirtschaftliche Anreize wie den Emissionszertifikatehandel vorantreiben, um weltweit Vorbild zu sein.	mehr Tempo machen, ohne soziale Ungerechtigkeiten zu produzieren – und die riesigen Potenziale für gute und sichere Arbeitsplätze nutzen.	einen stabilen Rechtsrahmen für eine prosperierende Wirtschaft schaffen und sich durch eine kluge Innovationspolitik anstelle von Steuererhöhungen an die Klimaveränderungen anpassen.	auf Innovationen wie alternative Kraftstoffe setzen. Der EU-Emissionszertifikatehandel als CO2-Obergrenze muss auf alle Sektoren ausgeweitet werden. Internationale Maßnahmen müssen angerechnet werden.
13. Um die Energiewende voranzutreiben muss die neue Bundesregierung	Wasserstoff und E-Fuels neben Windkraft, Photovoltaik und Solar als erneuerbare Energien(-träger) etablieren und neue Technologien wie die CO2-Speicherung im Boden zulassen.	die Ausbauziele für erneuerbare Energien massiv anheben und gesetzlich verankern, entsprechende Netzkapazitäten planen und Genehmigungsverfahren beschleunigen.	von ihr abkehren, denn sie ist ein kopfloses Elitenprojekt auf Kosten hart arbeitender Bürger, die sich Strom kaum noch leisten können.	Ingenieure statt Ideologen fragen. Speichertechnologien sind Voraussetzung für die Energiewende, sonst nützen Windkraftanlagen oder Solarparks nicht dem Klima, nur den Betreibern.
14. In der Wirtschaftspolitik muss die neue Bundesregierung	Verfahren beschleunigen, entbürokratisieren und neue Belastungen verhindern, um Deutschland in ein klimaneutrales Industrieland umzuwandeln und die Sicherung der Arbeitsplätze zu gewährleisten.	den Staat zum strategischen Investor machen, zur Ordnungs- und Gestaltungskraft. Staat und Verwaltung müssen zum Innovationstreiber werden und ihre Nachfragemacht einsetzen.	unseren Mittelstand entlasten, damit er konkurrenzfähiger wird, einen „Blue Deal“ eingehen und die Privilegierung multinationaler Großkonzerne durch Subventionen beenden.	eine Agenda für die Soziale Marktwirtschaft auflegen. Wir müssen wieder Weltspitze bei der Wettbewerbsfähigkeit werden, nicht bei der steuerlichen Belastung.
15. In der Gesundheitspolitik muss die neue Bundesregierung	die Attraktivität des Pflegeberufs stärken, die Digitalisierung vorantreiben, Bürokratie abbauen und bei allen Entscheidungen Arbeitsbedingungen und Patientenwohl gleichermaßen im Blick behalten.	ein bereits gutes Gesundheitssystem weiter verbessern – durch bessere Arbeitsbedingungen für Gesundheitsberufe, flächendeckende Versorgung und gezielte Förderung für Forschung und Innovation.	eine wohnortnahe medizinische Versorgung gewährleisten. Eigenverantwortlichkeit und Wille zur Prävention müssen bei den Bürgern gefördert, der Einfluss von Lobbyisten begrenzt werden.	allen Menschen eine wohnortnahe, hochwertige medizinische Versorgung sichern. Arbeitsbedingungen in der Pflege verbessern – von starren Pflegepersonal-Untergrenzen, hin zu bedarfsgerechter Pflege.
16. Um das Rentensystem nachhaltig zu sichern muss die neue Bundesregierung	das Renteneintrittsalter flexibilisieren, das dreisäulige Modell beibehalten und die gesetzliche Rente zu einem Mischsystem aus Umlage und Kapitalanlage umbauen.	alle Erwerbstätigen in die Rentenversicherung aufnehmen und die Sondersysteme auf lange Sicht überwinden.	Familien finanziell entlasten und eine Willkommenskultur für Kinder schaffen. Kinder sind die Zukunft - auch für unsere Altersvorsorge.	das Rentensystem modernisieren: Altersvorsorge nach dem Baukastenprinzip, flexiblen Renteneintritt ermöglichen, gesetzliche Aktienrente einführen! Echtes Eigentum und höhere Altersrenten auch für Geringverdiener.
17. Die Schuldenbremse ist für Deutschland	entscheidend, um eine langfristige Perspektive auf die Staatsfinanzen zu haben und dadurch den künftigen Generationen Chancengleichheit und Wohlstand zu ermöglichen.	reformbedürftig, weil sie wichtige Investitionen in die Zukunft ausbremsen kann.	vernünftig, sie setzt dem Staat machtpolitische Grenzen bei der Verwendung öffentlicher Mittel. Sie sollte durch eine Steuer- und Abgabengrenze ergänzt werden.	wichtig für eine nachhaltige und solide Finanzpolitik. Denn jede Generation hat ihre Herausforderungen und muss über finanzielle Spielräume verfügen!
18. Steuererhöhungen sind für Deutschland	der falsche Weg, um die Wirtschaft nach der Pandemie zu stabilisieren und Wirtschaftswachstum zu ermöglichen.	vertretbar für absolute Topverdienende, um die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie abzufedern.	sie unseren Wirtschaftsstandort schwächen. Wir haben laut OECD schon jetzt die höchsten Steuern und Abgaben weltweit.	Sabotage am Aufschwung. Die FDP will keine neue Substanzbesteuerung, diese verhindert nachhaltiges Wirtschaftswachstum. Allerdings sollen große internationale Unternehmen ihren Beitrag leisten.
19. Steuersenkungen sind für Deutschland	in ausgewählten Bereichen ein guter Weg, um beispielsweise bei der Einkommenssteuer kleinere und mittlere Einkommen zu entlasten.	überfällig für Gering- und Normalverdienende.	sinnvoll, denn die Bürger wissen zumeist besser als der Staat, was gut für sie ist, und wirtschaften dementsprechend planvoller.	in Form zielgerichteter Entlastungen notwendig. Wir fordern die Abschaffung des „Mittelstandsbauchs“ bis 2024. Doppelbesteuerung von Renten wollen wir verhindern.
20. In der EU sollte sich Deutschland	für ein modernes, starkes Europa einsetzen, um die globalen Herausforderungen (Klimawandel, Digitalisierung, Außenpolitik) gemeinsam zu meistern. Dann geht es Deutschland gut!	für mehr gemeinsames Handeln einsetzen, gerade in der Finanz-, Wirtschafts-, Sozial- und Außenpolitik.	für nationalstaatliche Souveränität und ein Ende der innereuropäischen Umverteilung zulasten deutscher Steuerzahler einsetzen, denn Brüssel handelt nicht im Sinne deutscher Interessen.	mit den besten Köpfen einbringen: Mehr Transparenz und Effizienz bei europäischen Institutionen, eine echte gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik in Europa.
21. Ihr letztes Wort an die Wähler:	Mit mir unterstützen Sie einen leidenschaftlichen Kommunalpolitiker, der seine Heimat kennt und liebt und unserem Land dienen möchte.	Nutzen Sie Ihr Bürgerrecht – gehen Sie zur Wahl!	Deutschland außer Kontrolle – hohe Steuern, Freiheitsrechte und Sicherheit in Gefahr. Sie wollen das nicht? Wählen Sie AfD! Für Deutschland, aber normal.	Nutzen Sie bitte Ihr Wahlrecht! Und wenn Sie direkten Kontakt zu mir wünschen: Sie finden ein Kontaktformular auf der Seite www.andrea-rahn-farr.de .